



Ein Vortrag über Gesundheitsvorsorge, wie hier 2019 in Unterföhring, berufliche Weiterbildung? Die Volkshochschulen kritisieren Pläne des Bundesfinanzministeriums, nur noch Kurse mit Berufsbezug von der Umsatzsteuer freizustellen. FOTO: FLORIAN PELJAK

Volkshochschulen fürchten Steuer

Nach Plänen im Bundesfinanzministerium sollen VHS-Kurse künftig nur noch von der Umsatzsteuer befreit sein, wenn sie der beruflichen Bildung dienen. Bildungseinrichtungen warnen vor „katastrophalen Folgen“.

Von Sabine Wejsada

Ismaning – Die Volkshochschulen schlagen Alarm: Wenn Pläne aus dem Bundesfinanzministerium Realität werden, wonach Erwachsenenbildung nicht länger von der Umsatzsteuer befreit sein soll, könnte das nach Einschätzung von Schulleitern das Aus für viele Einrichtungen bedeuten. „Das wäre eine absolut katastrophale Entwicklung“, sagt der Direktor der VHS im nördlichen Landkreis München, Lothar Stetz. Für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung würde nicht nur der bürokratische Aufwand massiv steigen, sondern es müssten auch die Kursteilnehmer zur Kasse gebeten werden. „Und was eine Gebührenerhöhung um 19 Prozent auslösen würde, das mag ich mir gar nicht ausdenken“, so Stetz. Die VHS Nord ist mit mehr als 45 000 Besuchern und knapp 3200 Veranstaltungen pro Jahr die zweitgrößte Einrichtung für Erwachsenenbildung in ganz Oberbayern.

Nach Plänen des Ministeriums sollen Kurse zur Weiterbildung nur noch dann steuerfrei bleiben, wenn sie unmittelbar Bezug zu einem Beruf oder der Berufswahl hat. Damit demonstrierten die Fi-



Volkshochschulen seien mehr als reine Bildungseinrichtungen, findet die Leiterin der VHS Taufkirchen, Silvia Engelhardt (links). Für Lothar Stetz, den Direktor der VHS Nord (rechts), sind die Pläne existenzbedrohend. FOTOS: CLAUDIA SCHUNK, FLORIAN PELJAK

nanzfachleute eine „völlige Unkenntnis für die Herausforderungen der agilen Arbeits- und Lebenswelt“, beklagt der Bayerische Volkshochschulverband. So werde der Erwerb fachübergreifender Kompetenzen zur Freizeitbeschäftigung erklärt.



Was nach den Worten des Chefs der VHS Nord „ein sehr merkwürdiges Verständnis von Bildung ist“.

Denn bei den Angeboten der knapp 900 Volkshochschulen in ganz Deutschland, die sich nicht auf den Erwerb von berufli-

chen Qualifikationen wie beispielsweise Englisch fürs Büro oder die schadensfreie Bedienung eines Computers beziehen, handelt es sich laut Stetz um das „Erlernen von Fertigkeiten und Kompetenzen, die die Persönlichkeit erweitern“. Wenn jemand Gesundheits- oder Sportkurse bei der VHS besucht, so Stetz, „dann hält er sich nicht nur selber fit, das ist auch gut für den Erhalt seiner Arbeitskraft“. Das habe also im weiteren Sinne ebenfalls mit Bildung zu tun.

Die Volkshochschulen und ihre Verbände warnen eindringlich davor, Bildung so eng zu definieren, und fordern das Bundesfinanzministerium zu einem konstruktiven Dialog über Weiterbildung in Zeiten der KI-Revolution, des globalisierten Arbeitens und starker gesellschaftlicher Spannungen auf, wie es in der Pressemitteilung des Verbands heißt. Konkret geht es um einen Anwendungsbeschluss des Ministeriums zu dem mit Wirkung zum 1. Januar geänderten Umsatzsteuergesetz. Laut Volkshochschulverband widerspricht der Erlass der Absicht des Gesetzgebers, wonach bislang umsatzsteuerfreie Leistungen unverändert umsatzsteuerfrei bleiben sollten.

Silvia Engelhardt, die Geschäftsführerin der VHS in Taufkirchen, hält einen

19-prozentigen Kostenaufschlag für „absolut nicht gerechtfertigt“. Lebenslanges Lernen müsse für alle bezahlbar bleiben. Durch die Pläne bestehe die Gefahr, „dass gerade die Erwachsenenbildung hinten runterfällt“. Nach Ansicht Engelhardts sind Volkshochschulen viel mehr als reine Bildungseinrichtungen. „Wir sind ein sozialer Lernort für Ältere und Jüngere, ein Platz, wo sich Menschen treffen und Meinungen austauschen.“

Ihr Kollege von der VHS Südost in Otterbrunn, Christof Schulz, stößt ins gleiche Horn: „Wenn man diesen Raum abschneidet, dann Prost Mahlzeit“, sagt er. Viele Teilnehmer von VHS-Kursen seien bereits im Ruhestand, diese träfe eine Gebührenerhöhung besonders stark. Vor allem Ältere bräuchten „digitale und analoge Verbindung“, die von den Volkshochschulen angeboten würden. An den Bildungsstätten rechnet man mit einem Rückgang an Kursteilnehmern. „Unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssen doch auch mit ihrem Geld rechnen“, sagt Lothar Stetz von

Lebenslanges Lernen müsse für alle bezahlbar bleiben

der VHS Nord, gerade in einer solch hochpreisigen Region wie dem Großraum München. Der Bayerische Volkshochschulverband kritisiert den Entwurf für den Anwendungserlass als „realitätsfernen Alleingang der Ministerialbürokratie“. Anstatt künstlich zwischen beruflichen und privaten Kompetenzen zu unterscheiden, müsse anerkannt werden, dass Fähigkeiten wie Problemlösungsvermögen, Kommunikationsstärke und soziale Kompetenz in allen Lebensbereichen entscheidend seien, um zukunftsfähig zu bleiben. Der Verband fordert einen Dialog mit den betroffenen Bildungsträgern.

VHS-Direktor Lothar Stetz unterstreicht diese Forderung. Das Thema sei „immer wieder gekommen, solange ich bei der VHS bin“, sagt er. Er werde schon langsam Zeit, dass man es begrabe. Sollte die Umsatzsteuer dennoch kommen, dann kämen nicht nur die Volkshochschulen in eine „existenzbedrohliche Situation“, warnt Stetz. Auch Sportvereine und Musikschulen wären betroffen. „Mit solch einem merkwürdigen Verständnis von Bildung wird vom Finanzministerium die Weiterbildungsinfrastruktur im Land zerstört“, so der VHS-Leiter.

An den zusätzlichen „gigantischen bürokratischen Aufwand“ bei Programmplanung sowie Gebührenabrechnung mag Stetz gar nicht denken und fragt: „Soll nicht gerade die Bürokratisierung zurückgefahren werden?“ Weitere „haarspalterische Formulierungen“ in dem Papier des Ministeriums ließen überdies erahnen, wie verkompliziert die Verwaltung von Weiterbildungseinrichtungen werden würde, befindet die Präsidentin des Bayerischen Volkshochschulverbandes, Ute Eiling-Hütig. So unterscheide das Ministerium zwischen steuerfreien Veranstaltungen mit Berufsbezug und solchen mit der „bloßen Möglichkeit eines Berufsbezugs“, die besteuert werden sollen. Hütig und Stetz sehen eine Lawine von Bürokratie auf die Weiterbildung zurollen.

Taufkirchens VHS-Chefin Silvia Engelhardt hofft, dass sich die Pläne noch abwenden lassen. In Kürze wird sich ihren Worten zufolge der bayerische Landtag mit der Frage der Umsatzsteuer befassen. Die Volkshochschulen haben dort eine Stimme: Die Präsidentin des Bayerischen Volkshochschulverbandes, Ute Eiling-Hütig, gehört dem Landtag als CSU-Abgeordnete an.